

## 11. Allgemeines

- 11.1** Der Auftragnehmer wird sich bemühen, Unter- (Zuliefer-) aufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu vergeben, wie er es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbaren kann. Die Bestimmungen des § 4 Nr. 8 VOB/B bleiben unberührt. Das Bemühen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Der Auftragnehmer hat

- | bei der Einholung von Angeboten der Nachunternehmer die §§ 2, 9 bis 15, 19 Nr. 2, §§ 20 und 23 bis 25 VOB/A zu beachten,
- | die Beachtung vorstehender Verpflichtung dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

- 11.2** In Verträgen zwischen Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften sind die Belange kleiner und mittlerer Unternehmer angemessen zu berücksichtigen. Dies ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

- 11.3** Für den Wechsel eines Nachunternehmers ist stets die Zustimmung des Auftraggebers erforderlich.

- 11.4** Nachunternehmer müssen fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein, insbesondere die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen und ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sein.

Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vor der beabsichtigten Übertragung dem Auftraggeber Art und Umfang der Leistungen sowie Name und Anschrift des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers bekanntzugeben und, soweit erforderlich, die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 8 Abs. 1 Satz 2 VOB/B zu beantragen.

Dabei hat der Auftragnehmer das Vorliegen der gewerberechtlichen Voraussetzungen bei den Nachunternehmern nachzuweisen, z.B. durch Vorlage einer Ablichtung der Handwerkskarte bzw. einer entsprechenden Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer. Ferner hat er mitzuteilen, bei welcher Berufsgenossenschaft der jeweilige Nachunternehmer Mitglied ist (einschl. Angabe der Mitgliedsnummer) und zu welchem Bereich der Nachunternehmer gehört (Handwerk, Industrie, Handel, Sonstiges).

Diese Regelungen gelten auch für den Fall, dass ausnahmsweise ein Nachunternehmer seinerseits Bauleistungen weitervergeben darf.

- 11.5** Der Auftraggeber führt ein Bautagebuch. Die Einträge im Bautagebuch hat der Beauftragte des Auftragnehmers auf Verlangen des Auftraggebers gegen Unterschrift zur Kenntnis zu nehmen. Sofern gegen den Eintrag Bedenken bestehen, hat der Auftragnehmer diese unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

- 11.6** Baustoffe, Bauteile und Bauarten, die noch nicht allgemein gebräuchlich und bewährt sind (neue Baustoffe, Bauteile und Bauarten) dürfen nur mit Zustimmung des Auftraggebers verwendet oder angewendet werden. Einer Zustimmung bedarf es nicht, wenn der Nachweis der Brauchbarkeit durch eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung oder ein Prüfzeichen geführt wird.

Ist für Baustoffe, Bauteile und Bauarten bauordnungsrechtlich eine Überwachung vorgeschrieben, darf der Auftragnehmer nur solche verwenden, die durch Überwachungszeichen gekennzeichnet sind.

- 11.7** Abweichend von Nr. 21 Abs. 1 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZTVB/E-StB 95) wird folgendes vereinbart:  
Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er **5 v.H.** der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

- 11.8** Vom Auftragnehmer angebotenes Skonto wird von jeder Abschlags- und Schlussrechnung abgezogen, für die die geforderten Zahlungsfristen eingehalten werden.

Die Frist beginnt mit dem Eingang der prüfaren Rechnung beim Auftraggeber.

- 11.9** Die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm“ - Geräuschimmissionen - vom 19.08.1970 (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 160) ist zu beachten.

- 11.10** Die Anweisung zum Schutz unterirdischer Fernmeldeanlagen der Deutschen Bundespost bei Arbeiten anderer (Kabelschutzanweisungen), aufgestellt vom Fernmeldetechnischen Zentralamt Darmstadt des Bundesministers für Post- und Fernmeldewesen ist zu beachten.

- 11.11** Bei der Kalkulation von Kosten für Transportleistungen im allgemeinen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen hat der Bieter auch die Verordnung über den Tarif für Transportleistungen bei der Beförderung schüttbarer Güter aus Steinen und Erden im allgemeinen Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen in Bayern (Landessondertarif schüttbare Güter) vom 05. März 1991 (GVBI S. 84), zuletzt geändert durch Verordnung vom 08. Dezember 1992 (GVBI S. 820), zu beachten.

-----  
-----  
-----  
-----

## 12.1 Baustelle, Zufahrtswege

Die Baustelle ist über das öffentliche Straßen- und Wegenetz erschlossen. Für dessen Instandhaltung während des Baus und für eventuelle Schäden durch den Baustellenverkehr haftet der AN.

Nach Abschluss der Baustelle ist dem AG eine Freistellungserklärung des jeweiligen Eigentümers vorzulegen.

## 12.2 Wasserhaltung

Die Wasserhaltung wird nach den besonderen Ziffern des Leistungsverzeichnisses vergütet. Der Umfang der Wasserhaltungsarbeiten, Anzahl und Durchmesser der Pumpen, Fördermengen und Betriebsdauer ist im Leistungsverzeichnis nach den vorhandenen Planunterlagen und Anlagen geschätzt. Der Unternehmer kann jedoch auch ein Sonderangebot hierfür einreichen, wenn er glaubt, eine zweckmäßigere Wasserhaltung anbieten zu können.

Ein Schluss aus den im Leistungsbeschrieb für die Wasserhaltung angegebenen Massen auf die anzutreffenden Grundwasserverhältnisse ist nicht möglich. Der Auftragnehmer ist für die Fortleitung des geförderten Wassers voll verantwortlich. Muss bei der Wasserhaltung ein Wasserspiegel abgesenkt werden, so wird nur die Wasserhaltung sowie ein einmaliges Auspumpen vergütet, sofern vom Auftraggeber im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird. Der Auftragnehmer darf die einmal begonnene Wasserhaltung nur mit Genehmigung der Bauleitung einstellen oder unterbrechen. Die Wahl der einzusetzenden Pumpen nach Größe und Standort unterliegt der Genehmigung des Auftraggebers. Die Sohlen der Baugruben sind auf der festgelegten Höhe während der ganzen Dauer der Wasserhaltung trocken zu halten.

**Vom Auftraggeber wird die Vergütung für die Pumpenleistung der Wasserhaltung nur im Verhältnis der Solleistung zur tatsächlich geleisteten Verlegearbeit der Kanäle gewährt.**

## 12.3 Baugrubenverkleidung

Als Baugrubenverkleidung für die Gräben sind Verschalungen mit hölzernen Dielen im waagrechten Verbau und mit stählernen Kanaldielen im senkrechten Verbau zugelassen. Ein senkrechter Verbau mit hölzernen Dielen wird nicht genehmigt. Im Übrigen bleibt die Wahl der Baugrubenverkleidung dem Auftragnehmer überlassen.

## 12.4 Standard Leistungstexte

Die im Langtextverzeichnis mit Standard-Leistungsnummern (StLK-Nr.) gekennzeichneten Beschreibungen der Teilleistungen (OZ) sind dem Leistungsbereich des STLK bzw. anderen Leistungskatalogen entnommen. Es gelten die ausführlichen Standardleistungsbeschreibungen. Es gelten die zu den Standardleistungstexten dazugehörigen Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen. Bei Widersprüchen in der Beschreibung der Leistung hat die Rangfolge gem. VOB/B § 1 Gültigkeit.

## 12.5 Rechnungsrücklauf

Möchte der AN eine mit Prüfeintragungen versehene Ausfertigung seiner eingereichten Rechnungsunterlagen zurückhaben, so sind die Rechnungen und Anlagen (Mengenberechnungen, Zeichnungen usw.) je einmal mehr, als in ZVB/E-StB 95 festgelegt, einzureichen.

## 12.6 Zahlung (zu VOB/B § 16 Nr. 1)

Unter Verzicht auf das Erfordernis der Gegenseite nach § 387 BGB willigt der Auftragnehmer ein, daß Forderungen der Bundesrepublik Deutschland oder des jeweiligen Bundeslandes an den Auftragnehmer gegen Forderungen des Auftragnehmers an eine dieser Körperschaften aufgerechnet werden.

Die Einwilligung erstreckt sich nur auf Verträge über die Ausführung von Bauleistungen zwischen den vorgenannten Körperschaften und dem Auftragnehmer.

Diese Verträge gelten untereinander als Kontext im Sinne des § 273 BGB.

## 12.7 Wiederverwendung von Baustoffen

### 12.7.1 Verwendung natürlicher und künstlicher, bei der Durchführung von Bauarbeiten gewonnener Baustoffe

Alle bei der Baumaßnahme durch Aushub, Aufbruch, Abbruch gewonnenen natürlichen oder künstlichen Baustoffe sind - soweit geeignet und umweltverträglich - der direkten Wiederverwendung oder einer behördlich genehmigten Wiederaufbereitungsanlage zuzuführen. Sie dürfen, soweit sie von Schadstoffen unbelastet sind, nicht auf Deponien, die für Hausmüll oder hausmüllähnliche Gewerbeabfälle zugelassen sind, abgelagert werden. Die Umweltverträglichkeit ist zu prüfen, wenn aufgrund von Art, Herkunft und Zusammensetzung die Gefahr besteht, daß Bestandteile der wieder verwendeten Baustoffe in umweltbelastender Menge freigesetzt werden können. Die Kosten für die Prüfung trägt der AG.

#### **12.7.2 Lieferung von wieder zu verwendenden Baustoffen**

Für die Baumaßnahme sind, soweit wirtschaftlich vertretbar, wiedergewonnene Baustoffe (Recycling-Baustoffe) zu verwenden.

Für die Lieferung solcher Baustoffe, deren Eignung und Umweltverträglichkeit vom AN nachzuweisen sind, gelten - neben den gesetzlichen - folgende Bestimmungen:

Güte- und Prüfbestimmungen, Recycling-Baustoffe für den Straßenbau, Ausgabe Februar 1985, RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V.

Merkblatt für die Verwendung von industriellen Nebenprodukten für den Straßenbau, Teil: Wiederverwendung von Baustoffen, Ausgabe 1985, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Köln.

Vorläufige Lieferbedingungen für im Straßenbau wieder zu verwendende Baustoffe (VLSwB) des jeweiligen Landesamtes für Straßenbau, Ausgabe 6/89 mit Ergänzung des Abschnittes 4.2. vom November 1989, gem. Rundverfügung "Straßenbau", Fachgebiet "Straßenbautechnik und Forschung" Nr. 11/811.

#### **12.8 Gefahrenverteilung**

Als Grenze der Risikoverteilung gilt der Wasserstandes HQ50 als vereinbart. Höhere Wasserstände gelten als außergewöhnliche Witterungseinflüsse im Sinne des § 7 VOB/B.

#### **12.9 Winterbaumaßnahmen**

Ausfalltage für gewöhnliche und ungewöhnliche Witterungseinflüsse sind in der Baufrist für die Zeit vom 15. November bis 15. März des darauf folgenden Jahres nicht berücksichtigt. Sie können in diesem Zeitraum seitens des AN nicht geltend gemacht werden. Soweit temperaturempfindliche Leistungen in dieser Zeit zur Ausführung kommen, können außergewöhnliche Ausfalltage geltend gemacht werden, wenn die Bauteiltemperatur (Objekttemperatur) unter die zulässige Arbeitstemperatur (z. B. unter + 5 °C für bituminöse Abdichtungsarbeiten) absinkt, obwohl im Arbeitszelt eine Lufttemperatur von mind. 15 °C herrscht.

#### **12.10 Bauseitige Ausführungsunterlagen bei Brückenbauwerken**

Nach Auftragserteilung hat der AN nach Einsichtnahme eine Erklärung zu den bauseits erstellten Ausführungsunterlagen (Stand sicherheitsnachweis und Pläne) abzugeben.

#### **12.11 Kosten der Baustelleneinrichtung**

Die Baustelleneinrichtungskosten werden nach Einrichten der Baustelle zu 50% der Pauschale, die Restsumme nach Räumung der Baustelle abgerechnet.

#### **12.12 Qualitätssicherung von Baumaßnahmen nach ZTV-SIB 90 und ZTV-RISS 90**

Als Führungskraft nach den Güte- und Prüfbestimmungen der von der Straßenbauverwaltung zugelassenen Überwachungsgemeinschaften darf nur ein sachkundiger Bauingenieur eingesetzt werden. Dieser sachkundige Bauingenieur muß ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen auf allen Gebieten der Betoninstandsetzung - insbesondere im Verarbeiten von Kunststoffen - besitzen, die erforderlichenfalls nachzuweisen sind. Die in den Güte- und Prüfbestimmungen ebenfalls vorgesehene qualifizierte Führungskraft mit der Qualifikation als Meister im Beton-, Stahlbetonbauer- und Maurerhandwerk ist nur bei Instandsetzungsarbeiten an nichttragenden Bauteilen zulässig.

Der Überwachungsvertrag zwischen AN und Fremdüberwachung (ZTV-SIB, Ziff. 1.7.5.2 bzw. ZTV-RISS Ziff. 1.7.5.2) ist vor Auftragsvergabe vorzulegen.

Der Nachweis der Anzeige der Arbeiten des AN gegenüber der Fremdüberwachung (Ziff. 1.7.5.2. der ZTV-SIB 87 bzw. 1.7.3. (2) 2. Abs.) ist mit der Rücksendung der vom AN zu unterschreibenden Vertragsausfertigung vorzulegen. Die Anzeige muß von der Fremdüberwachung bestätigt sein. Die Überwachungsprotokolle über die Baustellenbesuche der Fremdüberwachung sind ohne Aufforderung umgehend während der Bauausführung vorzulegen. Vor der Abnahme der Bauarbeiten ist der Überwachungsabschluß der Fremdüberwachung mit der dazugehörigen Beurteilung vom AN vorzulegen.

Die Arbeiten werden mit den Formblättern

- Arbeitsanweisung für Arbeiten nach ZTV-SIB 90, Blatt 1 - 3

- Arbeitsanweisung für Arbeiten nach ZTV-RISS 90

protokolliert.

Der verantwortliche Polier (Meister) muß in Besitz der SIVV-Scheine und während der Arbeiten auf der Baustelle anwesend sein. Die Vertretung während der Urlaubstage oder bei Krankheit ist der BL/BÜ vor Baubeginn bekanntzugeben. Die Forderungen der Gleichwertigkeit der Erfahrung und Ausbildung bestehen.

#### **12.13 Leitungen**

Die in der Baubeschreibung angegebenen Ver- und Entsorgungsanlagen wurden vom AG gem. VOB/A § 11.4 pflichtgemäß festgestellt. Abweichungen in der Örtlichkeit können sich ergeben.

Die tatsächliche Feststellung aller Leitungen - auch über die vorgenannten hinaus - ist allein Sache des AN.

Der AN hat vor Beginn der Baumaßnahme hierzu von allen Ver- und Entsorgungsträgern Informationen über bestehende Leitungen und Kabel einzuholen. Diese Leitungen und Kabel sind zu orten und zu sichern. Für evtl. Schäden an diesen Leitungen und Kabel ist der AN haftbar.

Vor Baubeginn sind vom AN besondere Auflagen der Anlageneigner festzustellen und diese bei der Baudurchführung zu beachten.

Soweit in der Leistungsbeschreibung nicht besonders hingewiesen ist, liegt die Disposition für die Sicherung bzw. Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen in terminlicher und bautechnischer Hinsicht allein beim AN.

## 12.14 Urkalkulation

Die Urkalkulation ist vom Bieter bei der Abgabe des Bauvertrages versiegelt zu übergeben. Sie bleibt bei der ausschreibenden Stelle.

## 12.15 Abnahme

Vor der Abnahme der Baumaßnahme wird vom AG die 1. Hauptprüfung nach DIN 1076 durchgeführt. Dafür stellt der AN die erforderlichen Geräte, Gerüste und ggf. Arbeitskräfte gem. ZVB/E-StB 95 (Nebenleistungen).

Diese Prüfung wird nur für abgeschlossene Leistungen oder Teilleistungen durchgeführt.

Falls die Prüfung ganz oder teilweise nicht durchgeführt werden kann, wird ein Vorbehalt wegen evtl. Beanstandungen in der Abnahmeniederschrift gemacht; VOB/B § 12, 5 (3) gilt hierfür nicht.

## 12.16 Unfallverhütung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf der Baustelle die Unfallverhütungsvorschriften der Tiefbau-Berufsgenossenschaft und der Bayer. Bauberufsgenossenschaft samt den einschlägigen ortspolizeilichen Vorschriften und Ergänzungen zu beachten.

Bei etwa eintretenden Unfällen hat der Auftragnehmer sofort die zuständige örtliche Bauüberwachung zu verständigen und dem jeweiligen Bauamt eine Unfallanzeige vorzulegen.

## 12.17 Verkehrssicherung/Verkehrssicherungspauschale

Ergänzend zur ZVB/E wird darauf hingewiesen, daß sich die Verkehrssicherung vom Tage des im Ausschreiben benannten Baustellenbeginns bis zum Tage der Abnahme auf die gesamte in Auftrag gegebene Baumaßnahme erstreckt. Die Verkehrssicherung wird durch eine Winterpause nicht unterbrochen.

Zu beachten sind die Richtlinien für die Kennzeichnung und Verkehrsregelung an Bau- und Vermessungsstellen an öffentlichen Straßen (RSA 1986) sowie die derzeit gültigen StVO. Einzelheiten der Verkehrsführung und die erforderliche Beschilderung sind im Einvernehmen mit dem AG und den zuständigen Verkehrsbehörden festzulegen. Entsprechende Beschilderungspläne sind vom AN rechtzeitig aufzustellen und in vierfacher Ausfertigung mit Genehmigungsvermerk der zuständigen Verkehrsbehörde dem AG auszuhändigen.

**Einzurechnen in die Verkehrssicherungspauschale sind die Behinderungen und Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß über die gesamte Bauzeit Zufahrten zu den Anlieger-Grundstücken innerhalb der Baustrecke zwingend frei zugänglich bleiben müssen. Darüber hinaus gelten die Auflagen aus der Verkehrsrechtlichen Anordnungen des Straßenbaulastträgers. Diese ist vom AN unentgeltlich einzuholen.**

Die an sämtlichen Nahtstellen der Baustrecke mit dem öffentlichen Verkehr (Anschlußbereiche) oder auch innerhalb der Baustrecke - sofern Bau unter Verkehr - erforderliche Verkehrssicherung (Fahrbahnreinigung, Fahrbahn- und Bankettschäden beidseitig, Lieferung, Aufstellung, Vorhaltung, Wartung, Beleuchtung und Ersatzbeschaffung sämtlicher erforderlicher Verkehrseinrichtungen) ist, ebenso wie in diesen Bereichen erforderlichen Beschilderungspläne, in die Pauschale "Verkehrssicherung" einzurechnen, soweit nicht spezielle Regelungen in der Leistungsbeschreibung vorgesehen sind.

Bei erforderlicher mehrfacher, wechselseitiger Verkehrsführung (mehrere Bauphasen) ist der Aufwand für Überleitung und Umlenkung für die einzelnen Bauphasen ebenfalls in die Pauschale einzurechnen.

Der AN haftet für alle Schäden, die durch Dritte verursacht werden, wenn die Schäden wegen mangelnder Baustellensicherung entstanden und auf unsachgemäße Wartung zurückzuführen sind. Eine ständige Wartung der Baustellensicherung ist vom AN zu gewährleisten.

Bei evtl. erforderlich werdenden parallel laufenden Arbeiten eines Drittunternehmens innerhalb dem vom AN verkehrsgesicherten Bereich, darf der Drittunternehmer vorhandene Verkehrssicherungsanlagen unentgeltlich mitbenutzen. Der Drittunternehmer hat lediglich evtl. erforderlich werdende zusätzliche Sicherungsmaßnahmen zu erbringen.

Soweit im Baubereich im Schutz einer Signalanlage (automatisch oder von Hand) aufgrund einer Forderung der Verkehrsbehörde oder auch aus der Situation der Baustelle heraus in Absprache mit dem AG gearbeitet werden muß, ist im Leistungsverzeichnis dafür eine Position vorgesehen. Die erforderliche Beschilderung dafür sowie deren Aufstellung, Umstellung, Wartung, Beleuchtung und Ersatzbeschaffung ist in die Verkehrssicherungspauschale einzurechnen.

## 12.18 Bodenfunde (VOB/B § 4.11.)

Flurdenkmäler (Steinkreuze, Kreuzsteine, Denkmäler, Grenzsteine) sind den Bodenfunden gleichzustellen.

## 12.19 Gerichtsstand

Es gilt der Gerichtsstand des AG.

## 12.20 Haftpflichtversicherung

Der AN hat eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen.

## 12.21 Bauwesensversicherung

Der AN hat eine angemessene Bauleistungsversicherung auch für alle Subunternehmer abzuschließen. Die entsprechenden Unterlagen sind dem AG vorzulegen.

## 12.22 Preisbindung

Die angebotenen Preise sind Festpreise bis zur Beendigung der Baumaßnahme, es sei denn, im Leistungsverzeichnis ist eine Lohngleitklausel enthalten.

## 12.23 Nachtragsangebote

Jedem Nachtragsangebot ist 4-fach mit einer prüffähigen Aufgliederung der Einheitspreise einzureichen. Sie werden nach Anerkennung durch den AG Bestandteil des Vertrages.

## 12.24 Vermessung

Die vom AG gestellten Höhen- und Festpunkte, die Trassierungsvermarkung, Hauptpunkte der Achsen hat der AN zu prüfen und zu sichern. Die Bauabsteckung ist Sache des Auftragnehmers. Der Auftraggeber übergibt dem AN die notwendigen Koordinaten und Höhenpunkte.

Bei der Vermessung stellt der AN die notwendigen Hilfskräfte und die Verbrauchsmaterialien zur Verfügung.

## 12.25 Eigene Geschäftsbedingungen des AN

Geschäftsbedingungen des AN, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand, gelten nur dann, wenn sie vom AG ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

# 14. Abrechnungsfestlegungen

## 14.1 Breiten der Arbeitsstreifen

### 14.1.1 Einpflüßverfahren/Einfräsverfahren

Der Arbeitsstreifen für das Einpflügen oder Einfräsen von Abwasserleitungen ist auf eine Breite von 4,0 m zu begrenzen. Beim Einpflügen der Rohrleitung ist ein Oberbodenabtrag oder ein Abtrag von Wegbefestigungen nicht durchzuführen.

Die Arbeitsstreifen sind als m<sup>2</sup>-Positionen ausgeschrieben. In diese Position ist das Wiederherstellen ( evtl. Humusandeckung, Ansäen, Auflockerung, Wegewiederherstellung – einschl. Verdichtung) des ursprünglichen Geländezustandes einzurechnen.

### 14.1.2 Leitungsverlegung in Rohrgräben

Für die Erstellung von Freispiegelkanälen und Druckleitungen im Straßenbereich steht maximal der befestigte Straßenraum zur Verfügung. Zusätzliche Einschränkungen infolge der verkehrsrechtlichen Anordnung sind entsprechend zu beachten.

Die Breite des Aufbruchs und die Wiederherstellung der bituminösen Befestigung werden entsprechend ZTV-StB vergütet. Der Ausbau der bituminösen Befestigung im Rohrgrabenbereich kann wahlweise durch Fräsen oder durch Schneiden und Aufbrechen erfolgen. Das Schneiden der Rohrgrabenränder wird **grundsätzlich** nur einmal vergütet. Der zweite Schnitt ist je nach dem gewählten Ausbauverfahren in den Aufbruch einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Die Arbeitsstreifen zur Errichtung von Freispiegelkanälen im offenen Gelände werden nach Aufmaß abgerechnet. Die Vergütung erfolgt bis zu einer Maximalbreite von 4,0 m, wenn nicht im Leistungsverzeichnis eine andere Maximalbreite vorgegeben ist.

## 14.2 Abrechnungsfestlegungen Rohrgrabenaushub (siehe Anhang ZTV Rohrgraben)

Die Rohrgrabentiefen werden von OK - Gelände, abzüglich der Oberflächenabträge (Humus oder Straßenbefestigung, Planum), bis zur Gerinnesohle des Kanalrohres abgerechnet.

**Details siehe Anhang Abrechnungsfestlegungen ZTV Rohrgraben**

Der Verbau nach DIN 18303 ist in die Einheitspreise des Erdaushubes einzurechnen.

Notwendige Spundwandverbauten werden gesondert vergütet. Diese Arbeiten sind jeweils mit der örtlichen Bauleitung abzustimmen.

Schachtbauwerke bis einschließlich 1000 mm Nennweite werden in den Aushubarbeiten der Rohrgräben übermessen; der erforderliche Mehraushub ist einzukalkulieren.

## 14.3 Abrechnungsfestlegungen Rohrleitungslängen

Die Rohrleitungslängen werden von Schachtmitte zu Schachtmitte abzüglich der lichten Schachtweiten von Fertigteil- bzw. Ortbetonschächten, vergütet.

## 14.4 Abrechnungsfestlegungen Tiefe der Einstiegschächte

Die Tiefe der Einstiegschächte wird von Oberkante Schachtabdeckung bis mittlere Höhe der Gerinnesohle aufgemessen und vergütet.

## 14.5 HA-Ausführung und Abrechnung

Die Hausanschlußleitungen werden bis max. 1,00 m im Privatgrundstück, zusätzlich, wenn vorgesehen, ein Hausanschlußschacht, ausgeführt.

Vor der Ausführung sind Lage und Tiefe der Anschlußleitung mit dem Grundstückseigentümer bzw. der Bauleitung des AG abzustimmen. Der AN ist für die sachgemäße Lage der Anschlußleitung nach Höhe und Richtung verantwortlich.

Für die Herstellung der Anschlußleitungen wird eine Baugrubenbreite von 0,90 m und eine Baugrubenmehrlänge von 0,40 m vergütet, gemessen von Außenkante Abzweig bis Ende Anschlußleitung bzw. Hausanschlußschacht. Abrechnungslänge der Anschlußleitung ist die tatsächlich eingebaute Rohrleitung, einschl. Schacht.

Alle erforderlichen Aufwendungen für Baustelleneinrichtung, Wasserhaltung, Überbrückungen, Sicherungen und Beschilderungen zur Aufrechterhaltung des Anlieger- und Durchgangsverkehrs sowie alle Erschwernisse für die erforderliche Aushubzwischenlagerung sind in die Aushubpreise einzurechnen.

Jede Hausanschlußleitung ist gesondert in Rechnung zu stellen. Dabei ist jeweils zu unterscheiden zwischen öffentlichem und privatem Anteil (ab Grundstücksgrenze). Die Rechnungen sind vierfach an den AG zur Prüfung einzureichen. Es werden nur Rechnungen angewiesen, die mit vom Grundstückseigentümer und der Bauleitung anerkannten Einmeßskizzen (dreifach) belegt sind.

## 14.6 Rohrleitungsabbruch und Erneuerung - Ausführung und Abrechnung

Beim Abbruch und der Erneuerung von Rohrleitungen werden die Oberflächen-, Straßenaufbruch-, Kabel- und Rohrsicherungen, sowie die Erd- und Wasserhaltungsarbeiten nur einmal vergütet, soweit die neue Rohrleitung in der gleichen Rohrtrasse wie die alte Leitung zu liegen kommt. Abweichungen von der bestehenden Rohrtrasse, die vom AN zu verantworten sind, werden nicht separat vergütet, sondern sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

## 14.7 Anschluß bestehender HA-Leitungen an einen erneuerten Kanal - Ausführung und Abrechnung

Beim Abbruch von bestehenden Kanälen werden daran angeschlossene HA-Leitungen und Straßenabläufe separat vergütet. Die erforderlichen Erdarbeiten bis zur Rohrgrabenwand werden nicht separat vergütet, sondern sind in den Abbruch der Rohrleitungen des Hauptkanals einzurechnen. Ist zum Neuanschluß von bestehenden HA- oder SSK-Leitungen ein Abbruch der Rohrleitungen über den Rohrgraben des Hauptkanals hinaus erforderlich, werden Erdarbeiten, Abbruch Rohrleitung und Oberflächenbefestigung separat vergütet.

Der Anschluß der HA-Leitungen bzw. SSK-Leitungen erfolgt direkt nach der Verlegung des Hauptkanals durch Anbohrung oder Rohrabzweig. Wenn nicht anders erwähnt, ist die Aufrechterhaltung des Misch-, Schmutz-, Regenwasser- oder Drainagewasserabflusses aus den bestehenden Leitungen während der Herstellung des Anschlusses in die entsprechenden Einheitspreise einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

## 14.8 Güteüberwachung, Mängelbehebung

Bewerber für den Bau, die Sanierung, Inspektion oder Reinigung von Kanälen müssen die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit sowie eine Güteüberwachung – bestehend aus Fremd- Eigenüberwachung – nachweisen. Die Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen der Gütegemeinschaft „Güteschutz Kanalbau“ sind zu erfüllen. Der Nachweis gilt als erbracht, wenn das Unternehmen im Besitz des entsprechenden RAL-Gütezeichens ist. Ersatzweise kann ein Fremdüberwachungsvertrag für die jeweilige Einzelmaßnahme vorgelegt werden.

Mängel bzw. Schäden am neu erbauten Kanalnetz einschl. Sonderbauwerken, die nur durch ein Sanierungsverfahren behoben werden könnten, (z.B. undichte Rohrwandung, undichte Rohrverbindung, Rißbildungen, einragende Rohr- sowie Dichtungsteile, Absprengungen und dgl.), sind **grundsätzlich** durch den Ausbau und mängelfreien Wiedereinbau der betroffenen Bauteile zu beheben!

Bei untergeordneten Mängeln behält sich der Auftraggeber vor, ob diese durch mängelfreie Neuerstellung oder durch Nachbesserung mit einer entsprechenden Minderung behoben werden müssen, der Auftragnehmer schuldet auch hier ein mängelfreies Bauwerk, soweit der Auftraggeber einer Nachbesserung nicht zustimmt! Die abschließende Oberflächenwiederherstellung hat erst nach erfolgreicher Druckprüfung und der Auswertung der Kamerabefahrung, gegebenenfalls auch abschnittsweise, zu erfolgen.

Erforderliche Bohr- und Rammebenen z.B für das Einbringen von Verbau oder anderen Baubehelfen oder dgl. sind in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Stempel, Unterschrift Bieter)

---

\*) Vom AG entsprechende Stellen ausfüllen bzw. Nichtzutreffendes ggf. gesamten Absatz streichen

\*\*) Nur ausführen, wenn zutreffend